

14.03.18

Gesetzesantrag
der Länder Rheinland-Pfalz, Brandenburg, Bremen,
Saarland, Thüringen**Entwurf eines Gesetzes zur Gestaltung des Schienenpersonenfernverkehrs (Schienenpersonenfernverkehrsgesetz - SPFVG)**Die Ministerpräsidentin
des Landes Rheinland-Pfalz

Mainz, 13. März 2018

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Regierenden Bürgermeister
Michael Müller

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Landesregierungen von Rheinland-Pfalz, Brandenburg, Bremen, Saarland und Thüringen haben beschlossen, im Bundesrat zu beantragen, den in der 953. Sitzung des Bundesrates am 10. Februar 2017 beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zur Gestaltung des Schienenpersonenfernverkehrs
(Schienenpersonenfernverkehrsgesetz - SPFVG)

- Drucksache 745/16 (Beschluss) - *

der mit dem Ablauf der 18. Wahlperiode des Deutschen Bundestages dem Grundsatz der Diskontinuität unterfallen ist, gemäß Artikel 76 Absatz 1 des Grundgesetzes erneut beim Deutschen Bundestag einzubringen.

* Von einem nochmaligen Umdruck wird abgesehen.

Ich bitte Sie, die Vorlage gemäß § 36 Absatz 2 der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung der 966. Sitzung des Bundesrates am 23. März 2018 zu setzen und eine sofortige Sachentscheidung herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen

Malu Dreyer